

SPD

NIEDERSACHSEN vorwärts:

einwärts:

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind in diesem Jahr durch Wechselbäder der besonderen Art gegangen. Erst wurde Heide Simonis in Schleswig-Holstein unfair aus dem politischen Spielfeld gerempelt und die SPD sackte in der Wählergunst um 20 Prozent.

Danach ging trotz eines überzeugenden Peer Steinbrück und seines farblosen Gegenüber Jürgen Rüttgers Nordrhein-Westfalen verloren. Zur Überraschung vieler taten sich daraufhin Gerhard Schröder und Franz Müntefering zusammen und proklamierten Neuwahlen für den Deutschen Bundestag, wissend dass die die SPD weiterhin um die 25 Prozent dümpelte. Schließlich endete die Bundestagswahl nach einer furiosen Aufholjagd halbwegs befriedigend und mit der Anbahnung der großen Koalition schien es möglich, sozialdemokratische Konturen für das künftige Regierungshandeln aufzuzeigen.

Dann trat Andrea Nahles an und Franz Müntefering zurück. Völlig überraschend und so nicht gewollt verabschiedet sich die »Enkel-Generation« aus der Verantwortung für die Partei. Die SPD muss nun trotz des Desasters vorziehen, was ohnehin angesagt war: Den Generationswechsel. Mit der Nominierung von Matthias Platzeck für den Parteivorsitz hat der Parteivorstand weitsichtig gehandelt, denn Brandenburgs Ministerpräsident ist in Ost und West geschätzt und besitzt integrative Kompetenz. Dass sich Platzeck den Niedersachsen Hubertus Heil zum Generalsekretär erkoren hat, ist erfreulich. Wir gratulieren und wünschen, wie es Franz Müntefering formulieren würde: Glückauf. ■ lopo

Impressum vorwärts:

SPD-Niedersachsen
Verantwortlich: Dr. Frank Wilhelmy
Redaktion: Lothar Pollähne
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
E-Mail: lopo.vorwaerts@t-online.de
Satz: anette.gilke@t-online.de

Chancengleichheit? Mangelhaft!

Neue PISA-Studie stellt Schulen schlechtes Zeugnis aus

VON INGRID ECKEL

»PISA«, das Synonym für die massiven Probleme im deutschen Bildungswesen,

Am schlechtesten schneidet Bayern ab – das Land, das CDU und FDP in Niedersachsen immer als Vorbild für ihre Bildungspoli-

politischen Debatte. Im Wesentlichen geht es um vier Themenkomplexe:

– Die frühkindliche Förderung muss endlich kon-

bäuden auch guter Unterricht erteilt wird. Dazu brauchen unsere Ganztagschulen eine personelle Ausstattung. Es greift jedenfalls zu kurz, ausschließlich auf das ehrenamtliche Engagement von Eltern, Lehrern und Vereinsmitgliedern zu setzen.

– Die neue PISA-Studie zeigt: Wir sind dabei, das Entstehen einer »lost generation« in Kauf zu nehmen. Kinder mit Migrationshintergrund müssen früher und konsequenter beim Erlernen der deutschen Sprache unterstützt werden. Dazu brauchen wir eine stärkere Zusammenarbeit der Eltern mit den Kindergärten und den Grundschulen.

– Die zentrale Aufgabe besteht aber darin, den Lernprozess in allen Altersstufen zu individualisieren. Wir müssen uns vom Bild des Lehrers als alleinigen Wissensvermittler lösen und mehr außerschulische Lernorte einbeziehen. Der Schulunterricht muss viel stärker als heute den einzelnen Schüler in den Blick nehmen. Das ist weniger eine Frage des Geldes als des Bewusstseinswandels bei Eltern, Schülern, Lehrern und nicht zuletzt bei der Politik selbst.

Es gibt also viel zu tun. Der SPD-Landesverband erarbeitet gegenwärtig ein umfassendes Konzept für eine Bildungspolitik, die Chancengleichheit in den Mittelpunkt rückt. ■

Ingrid Eckel ist schulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion.



Wie lange können sie noch gemeinsam lachen?

hat im Jahr 2000 einen regelrechten Schock ausgelöst. Heute reagieren vor allem konservative Bildungspolitiker nur noch mit einem müden Achselzucken. Niedersachsens Kultusminister Busemann, der in der Vergangenheit erklärte, internationale Vergleichsstudien langweilten ihn, sieht sich gar von den Ergebnissen der neuesten Untersuchung bestätigt. Doch das Gegenteil ist der Fall.

Der zum zweiten Mal aufgelegte Ländervergleich im Rahmen der internationalen PISA-Studie zeigt: Die soziale Herkunft entscheidet in Deutschland immer stärker über den Schulerfolg eines Kindes. Danach hat selbst bei gleichem Wissensstand und Lernvermögen ein 15-jähriger Schüler aus reichem Elternhaus eine vier Mal so große Chance, das Gymnasium zu besuchen und damit das Abitur zu erlangen, wie ein Gleichaltriger aus einer ärmeren Familie.

in Niedersachsen loben. Kinder aus der Oberschicht haben dort eine 6,65 Mal größere Chance, das Gymnasium zu besuchen, als Schüler aus einem Facharbeiterhaushalt.

Erfreulicherweise sind die Chancen für Kinder aus sozial schwachen Verhältnissen in Niedersachsen wesentlich besser. Aber: Die Daten für die Studie wurden im Jahr 2003 erhoben – also vor der Umstellung des Schulsystems auf die Dreigliedrigkeit. Wenn man das vergleichsweise gute Abschneiden Niedersachsens (nur Brandenburg schneidet bei dieser Frage besser ab) als Erfolg werten will, dann ist es ein Erfolg der SPD-geführten Landesregierung. Es ist jedenfalls absurd, wenn Kultusminister Busemann nun erklärt, er sehe sich in seiner Politik bestätigt.

Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion gehört die Frage der Chancengleichheit in den Mittelpunkt der schul-

kret verbessert werden – und das wird natürlich auch Geld kosten. Es reicht nicht aus, wie Kultusminister Busemann immer nur blumige Versprechungen für die Zukunft zu machen.

– In allen Schulformen muss der durch die Bundesmittel initiierte Ausbau der Ganztagsangebote fortgeführt werden. Wir werden dank der Mittel aus Berlin in Niedersachsen in den nächsten Jahren eine hervorragende bauliche Infrastruktur haben. Jetzt muss die Landesregierung dafür sorgen, dass in den schönen Ge-

Betr. Landesparteitag

Der Niedersachsenvorwärts hätte gerne schon in der vorliegenden Ausgabe über den Landesparteitag berichtet der am 5. November in Walsrode stattfand. Leider lag die Druckabgabe zwei Tage vor dem Partei-

tag. Der Stand der Dinge für die November-Ausgabe ist daher der 3. November. Im Dezember wird der Niedersachsenvorwärts dann ausführlich über alle Auseinandersetzungen und Entscheidungen berichten. ■ red.

So viel Inhalt wie noch nie

Ausführliche Antragsberatung auf SPD-Parteitag Weser-Ems

VON REMMER HEIN

Mit 87 Anträgen auf 100 Seiten hatte der Bezirksparteitag Weser-Ems soviel Beratungsstoff wie schon lange nicht.

Der zweite Tag des Parteitages stand ganz im Zeichen einer Debatte über die Wehrpflicht, für die sich nach einstündigem Abwägen von Für und Wider 73 Stimmberechtigte aussprachen. 51 Delegierte votierten für die Abschaffung der Wehrpflicht, zwei enthielten sich in der Abstimmung.

Zu den Antragsschwerpunkten gehörte die Bildungspolitik. Hier gebe es eine Neuorientierung, erklärte Garrelt Duin, bei der die gesamte Partei einbezogen sei. Man habe sich abgewandt von einer Schulstrukturdebatte, die viel zu kurz greife. Bildung beginne mit der Geburt und ende längst nicht mit dem Schulabschluss, sondern durchziehe alle Phasen des Lebens.

Gefordert wird von der SPD eine gemeinsame Beschulung bis zum 10. Schuljahr, aber auch eine Verbesserung der Ausbildung von Erziehern und Lehrern.

Auf dem Feld der Wirtschaftspolitik soll die Hinterland-Anbindung des Jade-Weser-Portes aber auch die des Emdener Hafens gesichert werden.

Bei der Energiepolitik spricht man sich für eine Ausweitung der Nutzung erneuerbarer Energieträger

und die unterirdische Ableitung des gewonnenen Stroms aus.

Ein eindeutiges Votum gab es gegen den Verkauf der Landeskrankenhäuser



Der neue geschäftsführende Bezirksvorstand: Schatzmeister Hans-Dieter Haase, Johanne Modder, Bezirksvorsitzender Garrelt Duin, Alfred Hilger, Swantje Hartmann (v.l.)

Photo: Hein

sowie die Privatisierung der Abwasserentsorgung.

Bis Mitte Februar soll auf einem »Kleinen Bezirksparteitag« über die Energiepreisentwicklung gesprochen werden. Hierzu einladen will man Hermann Scheer, den Fachmann aus der SPD-Bundestagsfraktion, einen Vertreter der EWE und einen Vertreter der Gewerkschaft IG BCE.

Duin erklärte, es wäre einfach gewesen, eine populistische Resolution auf dem Parteitag zur Energiepreis-Entwicklung zu beschließen. Damit wäre man der schwierigen Materie aber nicht gerecht geworden.

Bezüglich der finanziellen Ausgestaltung der Kom-

munen beschloss der Parteitag die Forderung, dass die verfügbaren Mittel mit den übertragenen Aufgaben in Einklang gebracht werden müssten. In diesem Zu-

sammenhang erinnerte die stellvertretende Bezirksvorsitzende Johanne Modder an das Konnexitätsprinzip, das zwar vor der Landtagswahl vollmundig von den heutigen Regierungsparteien in Hannover vertreten worden sei, auf dessen Realisierung man aber bis heute vergeblich warte.

Zur Frage, ob nach einem Landtagswahlsieg der SPD eine Rückinstallation der Bezirksregierungen geplant sei, antwortete Garrelt Duin im Rahmen eines Pressegesprächs, hierüber sei noch nicht endgültig entschieden. Parteiübergreifende Gespräche zu regionalen Verbänden seien begonnen, aber noch nicht abgeschlossen worden. ■

Für uns im Landtag

Jutta Rübke



Jutta Rübke

»Ich bin »waschechte« Hildesheimerin, getauft mit einer Mischung aus Innerste- und Treibebwasser. In dieser Stadt lebe ich seit fünf Jahrzehnten, dreißig Jahre lang habe ich bei der Stadt Hildesheim gearbeitet. So ist es zu lesen auf der zweitbesten Internet-Seite niedersächsischer Landtagsabgeordneter. Die »Homepage« gehört Jutta Rübke, und die ist in der Bischofsstadt südlich von Hannover so etwas wie eine Institution.

Geboren am 7. Januar 1947 in Hildesheim absolvierte Jutta Rübke nach dem Abschluss der »Volksschule G IV Hildesheim« eine Ausbildung zur Verwaltungsangestellten. Diesen Beruf übte sie in verschiedenen Ämtern von März 1964 bis Juni 1980 aus, dann wurde sie als Vorsitzende des Personalrates »Innere Verwaltung« und des Gesamtpersonalrates freigestellt.

Probleme einer kleinen Großstadt hat Jutta Rübke also

»von der Pike auf« kennen gelernt. Daher erstaunt es nicht, dass die wichtigste Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes (ÖTV) Jutta Rübke 1992 als Sekretärin einstellte, wo sie für die Kommunen in Niedersachsen zuständig wurde und dies auch nach der Gründung von ver.di blieb.

1982 traute sich Jutta Rübke und wurde Mitglied der SPD, natürlich in Hildesheim. Ihr Leitmotiv damals wie heute: »Dass die vielen und nicht die wenigen am Tisch der Gesellschaft Platz haben müssen.« Mit Willy Brandts Kernaussage im Wahlkampfgepäck schaffte es Jutta Rübke im Februar 2003 in den niedersächsischen Landtag.

Der Tisch ist übrigens ein zentrales Möbelstück für Jutta Rübke. Sie kocht gerne, vor allem italienisch, und kredenzt Gästen »Pasta rauf und runter«, sowie »Vitello tonnato«, ihr Lieblingsgericht. Dies sind beileibe nicht die einzigen Angebote, denn Jutta Rübke nennt eine umfangreiche kulinarische Bibliothek ihr eigen.

Wenn sie neben der Arbeit an kulinarischen und politischen Rezepten noch Zeit findet, entspannt sie bei der Gartenarbeit oder bei guten Krimis. Und wenn dann noch Zeit übrig bleibt, geht Jutta Rübke auf Reisen und schreibt jede Menge Karten an Freundinnen und Freude. Wohl denen, die so versorgt werden, denn Jutta Rübkes Karten haben immer eine persönliche Note.

Mehr über Jutta Rübke: www.jutta-ruebke.de

Erneuerung ohne große Brüche

Der vorwärts im Gespräch mit Garrelt Duin

vorwärts: Wenn dieser vorwärts erscheint bist du mit ziemlicher Sicherheit der neue SPD-Landesvorsitzende. Du übernimmst ein Schiff, das zur Zeit voll unter Dampf steht. Wie willst du es steuern?

Garrelt Duin: Die Kunst, diesen großen Landesverband zu führen liegt darin, möglichst viele in die Entscheidungen einzubinden.

Unsere Partei hat ein Recht darauf, an der Bestimmung unseres Kurses mitzuwirken. Aus diesem Grund plane ich, Regionalkonferenzen durchzu-

führen, auf denen sich alle einbringen können.

vorwärts: Was zeichnet die Niedersachsen-SPD aus?

Garrelt Duin: Es gibt kaum Landesverbände, die sich nach einer Niederlage so geordnet wieder finden, wie das bei uns der Fall war. Unsere Genossinnen und Genossen wissen, dass es nicht nur in guten Zeiten darauf ankommt, miteinander und nicht gegeneinander zu arbeiten. Wir schaffen die Erneuerung ohne große Brüche.

vorwärts: Zeigen die Ergebnisse der Bundestagswahl in Niedersachsen, wie



Garrelt Duin

Photo: Iopo

die Partei in gut zwei Jahren Wulff und Co. ablösen kann?

Garrelt Duin: Das Ergebnis der Bundestagswahl zeigt zumindest, dass es keinen Wulff-Bonus gibt. Seine Sympathiewerte können noch so hoch sein, sie können nicht über die inhaltlichen Schwächen und Fehler der gesamten Landesregierung hinwegtäuschen. Unsere Aufgabe ist es, jetzt zwei oder drei Felder zu bestimmen, auf denen wir kontinuierlich angreifen. Die Bildungspolitik und damit die Zukunft unserer Kinder steht dabei sicher im Mittelpunkt.

vorwärts: Niedersachsen SPD ist in der Bundes-

tagsfraktion stark vertreten. Wie kann die Landesgruppe dieses Gewicht positiv für Niedersachsen einsetzen und verhindern, dass eventuell Christian Wulff unverdiente Lorbeeren erntet?

Garrelt Duin: Wir müssen die Vernetzung der verschiedenen Ebenen verbessern. Das gilt für das Verhältnis zwischen der Landesgruppe und der Landtagsfraktion genauso wie für unsere Kommunalpolitiker. Unnötige Reibungsverluste können wir uns nicht leisten. Im Übrigen werden wir deutlich machen, dass Christian Wulff ganz maßgeblich daran beteiligt ist, die CDU zu einer marktradikalen Partei mit Vorbildern wie Reagan oder Thatcher zu machen. ■

Volksbegehren ist kein laues Lüftchen

Ulla Groskurt: Landesregierung muss ablehnende Haltung zum Landesblindengeld aufgeben.

Die stellvertretende Vorsitzende im Niedersächsischen Sozialausschuss, **Ulla Groskurt**, fordert die CDU/FDP-Landesregierung auf, die ablehnende Haltung zum Landesblindengeld jetzt aufzugeben. Mittlerweile liegen schon 104.150 gesammelte Unterschriften vor. Nachdem der Landeswahlleiter die Unterschriften für das Volksbegehren »Gesetz über ein Landesblindengeld für Zivilblinde« geprüft und an die Landesregierung weitergeleitet hat, ist jetzt die Zeit zur Einsicht gekommen, so die Osnabrücker Landtagsabgeordnete.

Die Initiatoren hatten bereits am 13. Oktober, zwei Wochen vor Ablauf der Frist den Antrag auf Prüfung und Zulässigkeit gestellt, für den nur 25.000 Unterschriften benötigt wurden. Natürlich sind die geforderten 602.363 Unterstützungsunterschriften, die nach dem Zulässigkeitsbescheid dann innerhalb eines halben Jahres von niedersächsischen Bürgerinnen und Bürgern gesammelt werden müssen ein »dicker Brocken«.

SPD-Newsletter

Der SPD-Landesverband informiert in seinem wöchentlich erscheinenden Newsletter alle Interessierten über aktuelle Themen, Termine und Linktipps rund um die niedersächsische SPD.

Wer in den Verteiler aufgenommen werden will, schickt einfach eine E-Mail an: pressends@spd.de und fügt in die Betreffzeile »Newsletter« ein. ■

Mut zur E-Mail

Informationen und Einladungen der Parteiliederungen können effektiv und schnell elektronisch verteilt werden. Voraussetzung: Alle interessierten Mitglieder teilen ihre jeweils aktuelle E-Mail-Adresse ihrem zuständigen Bezirk mit:

bezirk.braunschweig@spd.de
spd-bezirk-hannover@spd.de
bezirk@spd-nord-niedersachsen.de
bezirk.weser-ems@spd.de



Erfolgreich beim Sammeln von Unterschriften: Ulla Groskurt Photo: privat

»Da die bereits in so kurzer Zeit gesammelten Unterschriften mit angerechnet werden, regt sich da in Niedersachsen nicht nur ein laues Lüftchen sozialer Empfindlichkeit, sondern

schon ein immer mächtiger werdender Sturm«, so Ulla Groskurt wörtlich: »Die Kürzung des Landesblindengeldes, das ist mein Eindruck aus vielen Gesprächen, die ich beim Sammeln von Unterschriften erfahren habe, nehmen die Menschen als das wahr, was es ist: ein Ausdruck sozialer Kälte in Niedersachsen.« ■ red.

Unterschriftenlisten zur Wiedereinführung des Landesblindengeldes gibt es bei allen SPD-Unterbezirken oder beim Blinden- und Sehbehindertenverband.

E-Mail: volksbegehren@blindenverband.org
 Internet: www.blindenverband-volksbegehren.de



Die Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltete in Kooperation mit der Politikwerkstatt Niedersachsen am 14. und 15. Oktober 2005 in Walsrode den Auftakt zur Veranstaltungsreihe »Impulse für Niedersachsen«. Die Teilnehmer diskutierten mit Referenten wie dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im Landtag **Wolfgang Jüttner**, **Prof. Gisela Färber** (Verwaltungshochschule Speyer), dem SPD-Landesvorsitzenden von Bremen **Carsten Sieling**, dem Oldenburger Oberbürgermeister **Dietmar Schütz**, **Sven Ambrosy** (Landrat LK Friesland), **Bernd Lange** (DGB), **Enno Hagenah**, MdL (Grüne), **Dieter Möhrmann**, MdL, **Günter Lenz**, **Heinz Thörmer** (Landesrechnungshof). Themenschwerpunkte waren die Finanzierung des Staates, Wirtschaft und Arbeit in Niedersachsen, sowie die Metropolregion Bremen/Oldenburger. Zu Gast war auch der damals noch designierte SPD-Landesvorsitzende **Garrelt Duin**.

Weitere Infos gibt es unter: www.politikwerkstatt-niedersachsen.de

Traueranzeige

vorwärts: RÄTSEL

Am 8. August 1945 schlossen die vier alliierten Siegermächte des 2. Weltkriegs ein »Abkommen über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der Mächte der Europäischen Achse«. Dieses Abkommen ist die Grundlage jenes Prozesses, der am 20. November 1945 vor einem Internationalen Militärtribunal beginnt. England, Frankreich, die USA und die UdSSR stellen je einen Richter und einen Hauptanklagevertreter sowie deren Stellvertreter. Als Verteidiger sind deutsche Anwälte zugelassen.

Am 21. November begründet der US-Anklagevertreter **Robert H. Jackson** das Ansinnen der Alliierten: »Dieser Prozess stellt das Ergebnis der Bemühungen von vier mächtigen Nationen in Gemeinschaft von anderen Ländern dar, das internationale Recht anzuwenden, um des großen Übels der Gegenwart Herr zu werden, nämlich des Angriffskrieges«.

In vier Anklagepunkten verhandelt das Tribunal gegen 21 von ursprünglich 24 Angeklagten. Reichsorganisationsleiter **Robert Ley** hatte im Oktober Selbstmord begangen, Hitlers rechte Hand **Martin Bormann** ist nicht auffindbar und das Verfahren gegen **Gustav Krupp von Bohlen und Halbach** wird aus Krankheitsgründen abgetrennt.

Nach 403 öffentlichen Sitzungen endet das Verfahren mit den Schuldsprüchen am 30. September und 1. Oktober 1946. Zwölf Angeklagte werden zum Tode verurteilt, drei Urteile lauten auf lebenslänglich, vier Angeklagte werden zu Zeitstrafen verurteilt und drei so genannte Hauptangeklagte werden freigesprochen. Benannt wird der Prozess nach dem Ort des Tribunals. Welchem? Zu gewinnen gibt es eine kurze Geschichte des Prozesses.

■ lopo

vorwärts
 Odeonstraße 15/16
 30159 Hannover

vorwärts: kulturgut



Vor 50 Jahren verfasste **Sammy Drechsel**, der Spiritus Rector der Münchner Lach- und Schießgesellschaft, ein bis heute gern gelesenes Buch für die fußballbegeisterte Jugend mit dem Titel »Elf Freunde«. Das war partout nicht kabarettistisch gemeint, denn Drechsel war im Hauptberuf Sportjournalist.

50 Jahre nach dem Erscheinen von Sammy Drechsels Standardwerk kommt am 24. November die 50. Ausgabe einer Zeitschrift heraus, die in der Fußball-Szene mittlerweile der Ball aller Bälle ist: »11 Freunde«.

Die Herausgeber und die meisten der Autorinnen und Autoren sind Kinder der Drechsel-Begeisterten, einige vielleicht sogar Enkel.

Die Sicht der Nachgewachsenen auf die angeblich wichtigste Nebensache der Welt setzt nicht auf die permanente Überbetonung von Nebensächlichkeiten sondern nimmt die Sache Ernst, die andernorts zerkickert oder verbildet wird: das Fußballspiel in allen Varianten.

Zu Wort kommen Clowns und Helden, Spieler und Spötter, Fans und Fantasten, kurz alle, die in ihrem Leben mindestens ein Mal das legendäre Wembley-Tor nicht gegeben hätten und solche, die trotz aller Zweideutigkeiten Stein und Bein schwören, dass England damals zu Recht Weltmeister geworden ist.

Diese Mischung macht 11 Freunde zur derzeit spannendsten Lektüre für Menschen, die Trappatoni zum Teufel schicken, Assauer in

die Ostkurve verbannen und Matthäus zum Schweigen verurteilen würden.

Jeder Nummer der 11 Freunde liegt ein ausklappbares Stadionpanorama bei, aktuell eine Traditionsbaracke des deutschen Fußballs: Das Stadion des derzeitigen Drittligisten FC St. Pauli am Millerntor. Und jede Ausgabe schließt mit der Günter Hetzer Kolumne, in der von Franz über Lodda bis hin zu Waldi alle durch's schale Weißbier gezogen werden. Ja gibt's was Schöneres? Kaum anzunehmen.

Seriös, wie die 11 Freunde zu Werke gehen, wird aufgerechnet, wie der VfB Oldenburg 1992 beinahe in die 1. Bundesliga aufgestiegen wäre und nicht zum ersten Mal rechnen sie dem DFB dessen Verfehlungen während der Nazi-Diktatur vor.

Monat für Monat erscheint die fußballerische Wohltat namens 11 Freunde zum wahrhaft wohlfeilen Preis von 3 Euro. Da gibt's nur Eines: Einschwenken das Ding, bevor's ein Anderer tut. ■ *lopo*

Hier spricht der Zeugwart

Sach ma, im Moment, da freu ich mich richtig, dass ich bloß für die Stollen, die Trikots und den Mannschaftskoffer sorgen muss. Die Aufstellung war dieses Mal nich leicht, das muss ich zugeben. Rot und Schwarz zusammen, das is, als wenn'se aus Hannover 96 und dem HSV eine Truppe machen sollst.

Und die Spieler, bis die ihre Laufwege kennen! Schon vor dem Anpfiff hat sich Edmundo, der Alpen-Maradona, in die Regionalliga nach Bayern zurückgezogen. Wer soll jetzt den Steilpass auf den roten Münte

spielen? Und wie soll Ulla Schmidt den Doppelpass mit Röschen hinkriegen? Allerdings: Man hat ja schon das Niedersachsen-Ross kotzen sehen und impossible is nothing, sacht die Werbung.

Neue Trikots schneiden is geradezu Pipifax dagegen: Streifen in Schwarz und Rot wie beim AC Milan, schlag ich vor. Gab's auch schon oft bei der Frankfurter Eintracht. Mit Adler! Längsstreifen machen schlank! Nur bei Sigmar weiß ich noch nich, ob XXL dafür reicht. Tschüß dann! *Euer Pit* ■

auswärts:

Nicht schlecht staunten am 6. Oktober viele Falken in Hannover, als sie in einer Beilage der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) lesen durften: »Falken bauen auf die CDU«. Ende September hatten Falken im Jugendzentrum Wettbergen mit Vertretern verschiedener Parteien über Fragen

der freien Jugendhilfe diskutiert. Der Autor des HAZ-Artikels behauptete nassforsch, die Falken würden auf einen Wahlsieg der CDU bei den Kommunalwahlen 2006 setzen. Dumm gelaufen. Der HAZ-Schreiber war gar nicht da. Falken-Verdikt: Wir hoffen, »dass Hannover auch in Zukunft »rot« bleibt, bzw. wieder wird!!!« ■ *wuff*